

Politische Bildung im Erwachsenenalter



Europa 2014 ff. – Mehr als eine Fußnote der Reformationsdekade?

Dr. Hans Jürgen Luibl



Leiter Evang. Stadtakademie Erlangen
Tel.: 09131 20012
E-Mail: hj.luibl@t-online.de

I. Europäische Integration als Bildungsthema und -ergebnis

„Reformation. Macht. Politik.“ – das ist der Schwerpunkt der Reformationsdekade 2014. Wie das Themenheft zum Schwerpunkt Auskunft gibt, sollen in diesem Jahr religiöse und politische Themen

und Aktionen verknüpft werden, durchgespielt auf unterschiedlichen Handlungsfeldern und mit verschiedenen Denkoptionen: vom Ersten Weltkrieg bis zum regionalen Orangensaft als ethische Herausforderung, von Barmen bis zum Grundgesetz. Die deutsche Szene ist gut abgedeckt, kaum etwas fehlt – allerdings nur, wenn man sich auf Deutschland beschränkt. Alle europäischen Integrationsfragen bleiben ausgeblendet, und so wird die Reformation zwangsläufig eine deutsche Angelegenheit und Deutschland quasi zum Binnenraum von Geld und Geist. Splendid Isolation gerade bei diesem Jahreschwerpunkt? Rückzug im doppelten Sinn: aus Europas Integrationsgeschichte wie aus den aktuellen und drängenden Fragen des Protestantismus – und

dies durchexerziert am Projekt „Lutherdekade“, das an die Stelle des erlahmten oder gescheiterten Prozesses „Kirche der Freiheit“ getreten ist. Evangelische Identität lässt sich, so scheint es, nur noch retrospektiv und deutschzentriert durchbuchstabieren.¹

Signifikant ist in diesem Zusammenhang, dass etwa die Vor-Reformation eines Jan Hus und die damit verbundene Reformbewegung der Böhmisches Brüder keinen Eingang in die Lutherdekade der EKD gefunden haben. 1415 wurde Jan Hus auf dem Konzil von Konstanz verbrannt, der 600. Jahrestag – ohne Resonanz in der Lutherdekade. Entsprechende Interventionen blieben erfolglos, ein offener Brief an Frau Käbmann ohne Antwort – obwohl gerade dieser Gedenktag von besonderer ökumenischer Brisanz ist, nicht nur, was das Verhältnis der evangelischen zur katholischen Kirche betrifft, sondern auch das Verhältnis der großen evangelischen Kirchen mit ihren „kleinen“ Schwesterkirchen in Ostmitteleuropa als auch das Verhältnis der Deutschen und Tschechen, mit alten Lasten und neuen gemeinsamen Herausforderungen in Europa.² Nun könnte man einwenden, dass die Lutherdekade, soll sie gelingen, sich selbst beschränken muss und auf das Wesentliche konzentrieren. Doch stellt sich nicht nur im Hinblick auf politische Entwicklungen, sondern auch ange-

¹ Wie anders europäisch-evangelische Erinnerungskultur sich entfaltet, dazu vgl. Bubmann, P./Deinzer, R./Luibl, H. J. (Hrsg.) (2011): *Erinnern, um Neues zu wagen. Europäische Gedächtniskulturen. Evangelische Perspektiven*, Erlangen.

² Vgl. dazu: *Gering-schätzung mit Tradition. Die Evangelische Kirche Deutschland will 2015 nicht an den böhmischen Reformator Jan Hus erinnern*. In: *Prager Zeitung*,

sichts der Reformationsbewegung und ihres Jubiläums insgesamt die Frage, ob Europa dann wirklich nur sekundärer Bezugsrahmen deutsch-protestantischer Entwicklungen ist oder nicht der wesentliche Resonanzraum, innerhalb dessen sich die deutsch-protestantischen Entwicklungen überhaupt erst verstehen und entsprechend gestalten lassen. Oder anders gesagt:

Vielleicht stellt das Stichwort „Europa reformata“ mehr als nur ein Spezialthema für wenige dar, vielleicht formuliert es jene Herausforderung, vor der die unvollendete Reformation 500 Jahre nach ihrer Geburt steht und die aufzunehmen sich lohnte, um sie weiterzuentwickeln.

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, die Stichworte der Reformationsdekade 2014 europäisch auszubuchstabieren – allerdings in umgekehrter Reihenfolge: „Politik. Macht. Reformation.“



Doch warum diese Unternehmung aus andragogischer Perspektive wahrnehmen? Denn Bildung ist doch insgesamt in erster Linie gerade nicht transnational, europäisch, sondern national konnotiert, auf gut Deutsch „Ländersache“. Bildung als letzte Bastion oder „feste Burg“ national-konfessioneller Identitäten? Kann ungeprüft aber hoffnungsvoll vorausgesetzt werden, dass die Länder schon wissen, wie (Erwachsenen-)Bildung zukunftssträftig zu gestalten ist? Eine valide Beschreibung europäischer Bildungsarbeit ist sicherlich: Sie entwickelt sich in

Grenzen. Und im Grundsatz ist dieser Ansatz auch durchaus hilfreich: Bildung allgemein ist die Entfaltung des Einzelnen in der Gesellschaft, weswegen sie basal verortet und regional zu verantworten ist. Das einzige Steuerungsrecht der Bildungspolitik ist es, für diese basale Verortung und regionale Verantwortung rechtliche Räume und finanzielle Rahmen zu schaffen. Nun aber sind diese Rahmen und Räume längst nicht mehr national begrenzt, sondern es ist mittlerweile ein europäischer Bildungsraum entstanden, der nicht – wie in der Lissabon-Erklärung von 2001 – auf ökonomisch funktionalisiertes Wissen zu reduzieren ist. Bildung in Europa ist vielschichtig und nicht nur mit ökonomischen Prozessen verknüpft. Ganz Europa ist eine neue lernende Region und die europäische Integration selbst ein Prozess, in dem adäquate Bildungsformate und -inhalte gesucht sind. Der Erziehungswissenschaftler Klaus Schleicher formuliert zu Beginn seines umfangreichen Doppelbandes „Zeitgeschichte europäischer Bildung“: „Die Bildung von Europa und die Bildung in Europa sind eng und vielschichtig miteinander verknüpft.“³ Die Bildung Europas als politische Integration bedarf der (pädagogischen) Bildung als Leitmedium. Kurz: Ohne europäische Bildung wird keine europäische Integration gelingen. Die regionale und nationale Bildungsorganisation ist nicht hin-fällig, sondern Teil des europäischen Bildungsprozesses. Auch Erwachsenenbildung ist auf dem Weg, sich zu europäisieren – was trägt dies nun aus für die Stichworte „Politik. Macht. Reformation.“?

II. Stichwort „Politik“

Wird 2014 ein Entscheidungsjahr für die europäische Integration? Zunächst ist die Rede von einem „Entscheidungsjahr“ wenig hilfreich, denn seit seiner Gründung war Europa kaum etwas anderes als ein Prozess, der aus periodischen Krisen bestand und sich eben dadurch fortentwickelt hat. Das gilt schon für die Gründung Europas: Sie war eine politische Notgeburt nach dem Zweiten Weltkrieg, entstanden in der letzten Krise des Abendlandes und gleichzeitig eine Verabschiedung dieses Konzeptes. „Nie wieder Hunger! Nie wieder Krieg!“ – dieser Ruf wurde nicht nach dem Ersten, sondern nach dem Zweiten Weltkrieg laut und handlungsleitend. Aus dem Hilferuf wurde dann ein Notprogramm: Die Schuman-Erklärung von 1950 war der Grundtext, die Gründung der Montanunion die politische Textur dazu. Das Geniale dabei: keine Rede mehr von „Abendland“ oder auch

29. Januar 2014. www.pragerzeitung.cz/index.php/home/gesellschaft/17372-geringschaetzung-mit-tradition

³ Schleicher, K.: Standortbestimmung europäischer Bildungspolitik. In: Schleicher, K./Weber, P. J. (Hrsg.): Zeitgeschichte europäischer Bildung 1970-2000. Band I: Europäische Bildungsdynamik und Trends. Münster 2000, S. 7–41, S. 7.

„Völkerbund“, sondern eine *neo-europäische Pragmatik*. Aus der Not wurde eine Tugend: Den Völkern, allen voran Frankreich und Deutschland, nahm man die Option auf Kohle und Stahl und übergab deren Verwaltung einer obersten Behörde. Genau jene Ressourcen also, auf die die Kriegsführung baut, sollten nun der Bevölkerung zugutekommen: Aus Stahl sollten nicht Panzer, sondern Kochtöpfe, in denen dann auch Essbares zu finden ist, produziert werden. Doch dieser politisch-ökonomische Schachzug hatte auch seine Schattenseiten: Die oberste (europäische) Behörde war kaum demokratisch legitimiert, und es fehlte eine Leitvision, ein Grundverständnis darüber, was das neue Europa ausmacht und zusammenhält – zwei Defizite, die bis heute den Integrationsprozess erschweren. In den europäischen Krisen zeigen sich diese Defizite immer wieder und nötigen zugleich zur Entwicklung des europäischen Verständnisses. Hat Europa eine Verfassung oder genügt ein Grundlagenvertrag? Ist Europa ein integraler Wirtschaftsraum oder nur eine gut florierende Freihandelszone? Hat Europa eine gemeinsame inner- und außereuropäische Verantwortung, wie etwa derzeit aktuell in der Ukraine oder beim Einsatz in Afrika? Ist „governance“ als nachmoderne Form von Regieren ohne Zentrum eine Option für Europa oder nicht? – In solchen Entscheidungsfragen entsteht und besteht Europa.

2014 gehört in die Reihe der europäischen Entscheidungsjahre und scheint doch genügend Sprengkraft zu entwickeln, um die Grundlagen Europas, das Haus Europa, nachhaltig zu erschüttern. Ein Test und Ernstfall stellt die Europawahl dar. Die Zeichen im Frühjahr 2014 deuten darauf hin, dass es ein Parlament werden könnte, in dem die Europaskeptiker und -kritiker an Bedeutung gewinnen. Gründe für diese *neue Europadistanz*, die nach 1989 einsetzte und seit 2000 greifbarer geworden ist, gibt es viele: dass Europa als gelobtes Land wirtschaftlicher Prosperität seine eigenen Versprechungen nicht mehr halten konnte, dass die Erweiterung zu schnell, die Integrationskraft hingegen zu klein war. Mitschuld daran tragen auch jene Politiker von rechts und links außen, die das Projekt Europa aus populistischen Motiven in Misskredit bringen und anschließend die Europaverdrossenheit der Bürger(inne)n bejammern – umgekehrt aber möglichst viel nationalen Nutzen aus europäischen Projekten zu ziehen versuchen. Diese Europakritik dient nicht den Bürger(innen), sondern den jeweiligen nationalen Regierungen,

die nun wieder verstärkt Europa repräsentieren. Es ist in diesem Zusammenhang besonders bedenklich, dass – so Jan-Werner Müller – gerade „christdemokratische Politiker – die ursprünglichen Architekten und einst glühendsten Verfechter der europäischen Einigung – Stimmung machen gegen europäische Migration“⁴.

Mit schöner Regelmäßigkeit wird in kritischen Zeiten eine neue Debatte über Europa gefordert. Man kann diese Debatte dann auch als einen wesentlichen Teil der politischen Bildung Europas verstehen und inszenieren, wobei länderübergreifend politische Fragen mit Leitbildern verknüpft werden. Allerdings scheitern solche Debatten mit derselben Regelmäßigkeit, in der sie gefordert werden. Die letzte „große Debatte“ von Kommissionspräsident Jacques Delors in den 1990er-Jahren, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und den Maastrichtverträgen, eingeleitet unter dem Motto „Seele für Europa“, versandete. Europäische Zivilgesellschaft, nur im Ansatz damals erkennbar, verdorrte schnell. Die Intellektuellen verabschiedeten sich aus der Verantwortung, schon 1989 veröffentlichte Hans Magnus Enzensberger den Aufsatz „Brüssel oder Europa – eins von beiden“⁵ und sprengte damit das politische Projekt der EU, das aber genau hier ansetzt: Brüssel ist nämlich Teil der Europäisierung. Der Aufruf Enzensbergers, sich gegen die „Brüssler Bananenbürokratie“ zu wehren, ist in seiner Argumentation unter dem Niveau europäischer Debatten geblieben. Freilich: „Dass 40.000 Beamte (in Brüssel; Vf.) samt ihren Propagandisten darüber entscheiden sollen, wer ein guter Europäer ist, ist eine ziemlich abstruse Vorstellung.“⁶ Nur noch abstruser ist überhaupt die Vorstellung, dass in Brüssel oder sonst wo über die Idee eines guten Europäers entschieden wird. Damit ist nicht

⁴ Müller, J.-W.: Europa als Hundetrainer. In: Süddeutsche Zeitung, 28. Februar 2014, S. 12/Feuilleton.

⁵ Enzensberger, H. M.: Brüssel oder Europa – eins von beiden. In: Lützeler, P. M.: Hoffnung Europa. Deutsche Essays von Novalis bis Enzensberger. Frankfurt 1994, S. 500–506.

⁶ Enzensberger, H. M.: Wehrt euch gegen die Bananenbürokratie! In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.02.2010, S. 27.

⁷ Beckstein, G.: Gastbeitrag Süddeutsche Zeitung, 18.10.2013, www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-lehren-aus-lampedusa-1.1797594

⁸ http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/euro-pe-day/schuman-declaration/index_de.htm



gesagt, dass solche Diskurse immer „europaphil“ verlaufen müssen, im Gegenteil: gefordert ist ein Diskurs, der gerade auch kritische Fragen aufgreift, anstatt sie den Populisten zu überlassen.

Auch die Kirchen Europas, die Delors bewusst einbezog, ja, um die er geworben hatte, ließen sich nicht weiter herausfordern. Es schien auch hier so, als wäre mit dem Wegfall der letzten großen Grenzen in Europa eine Rückkehr in heimatliche Gefilde – denkerisch wie strategisch – zum Europakonzept geworden. Dazu passt es, wenn der evangelische Synodale und Politiker Günther Beckstein in einem Zeitungsartikel zur Lampedusa-Katastrophe formuliert, „dass wir nicht mit der Sozialhilfe in Deutschland das Elend der Menschen in der Welt angehen können“⁷. Auf diese Weise wird der europäische Horizont ausgeblendet – und die europäische Geschichte vergessen, denn in der Geburtsurkunde der Europäischen Union, der Erklärung Robert Schumans, eines katholisch sozialisierten Politikers, findet sich der eben jenen Horizont eröffnende Satz: „Europa wird (...) mit vermehrten Mitteln die Verwirklichung einer seiner wesentlichsten Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Erdteils.“⁸ Derzeit wird diese Aufgabe Frontex und Eurosur überlassen ...

Es ist einen Versuch wert, zu fragen, welche Art politischer Bildung es bräuchte, um Europas Integration und seine Widersprüche besser verstehen und bearbeiten zu können. Ansätze dazu gibt es, gebündelt nachzulesen etwa in dem von kirchlichen Organisationen mit herausgegebenen Materialheft „Education for Democratic Citizenship in the Context of Europe“⁹.

III. Stichwort „Macht“

Nimmt man das Motto der Reformationsdekade „Reformation. Macht. Politik.“ nicht nur als ein schönes Wortspiel, dann kommt eben auch „Macht“ als Auslegungshorizont europäischer Prozesse unweigerlich ins Spiel. Das klingt zunächst vielleicht seltsam, denn Europa wird nicht unbedingt mit Macht konnotiert, vielmehr erscheint das Europaparlament als zahnloser Tiger und die Kommission als eine heimliche Verwaltungsmacht an der Leine der nationalen Regierungen, die sich nicht entmachten lassen. Gern unterschlagen wird eine genaue Analyse der Machtverhältnisse zwischen zentralen europäischen Institutionen und nationalen Regierungen

und vor allem zwischen den europäischen Staaten, ihrer Wirtschaftsmacht und ihren Gesellschaften. Doch statt gesellschaftspolitischer Machtanalysen oder großer Debatten über Europa schiebt sich 2014 ein anderes Thema machtvoll in den Vordergrund: der Ausbruch eines Krieges, der zum Ersten Weltkrieg wurde. Der gesamteuropäische Erinnerungshype ist hier enorm – und im besten Fall so etwas wie eine Art schwarze oder blutrote Folie für ein Europa auf der Suche nach sich selbst:

Was Europa ist, lässt sich nicht sagen,
dazu fehlt die Kraft. Aber was es nicht ist,
das lässt sich vorgeben, lässt sich in Bildern
zeigen, in Analysen begreifen.

Jedoch gibt es in diesem europäischen Erinnerungshype zwei Momente, die skeptisch machen hinsichtlich eines gemeinsamen europäischen Bewusstseins: die Erinnerungen werden einerseits musealisiert und andererseits nationalisiert. Dass europäische Erinnerungskultur sich allgemein einem Erlahmen visionärer Zukunftsperspektiven seit den 1980er-Jahren verdankt, ist keine neue Erkenntnis mehr. Was Helmut Schmidt in den 1970er-Jahren formulierte – „wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“ –, das hat sein Nachfolger Helmut Kohl weiterentwickelt zum Motto: „Keine Zukunft ohne Herkunft“. Mit der Verabschiedung der Zukunft wurde die Geschichte zum stabilisierenden Faktor, die Erinnerungskultur blühte auf, wurde immer musealer und ausgreifender – bis hin zum Ersten Weltkrieg. Dass im aktuellen Erinnerungshype auch latente europäische Kriegsängste oder Kriegslüste bearbeitet werden, ist nicht falsch, nur haben diese jetzt eine geschichtliche Distanz, die vieles entschärft – und noch mehr aus dem Blick verliert. Gegen die Zerstörungsmacht des Ersten Weltkriegs wurde nämlich eine andere Macht – besser: eine Macht anderer Art – eingesetzt: die Macht der Friedenspolitik, die Macht der Versöhnung. Im Fall der Friedenspolitik waren es Politiker, die – so unterschiedlich sie waren – an einer neuen europäischen Ordnung arbeiteten. 1946 rief Winston Churchill in Zürich sein Nachkriegsprogramm aus: „Let Europe arise!“ – und die Montanunion war dessen pragmatische Umsetzung. Dies war sicherlich auch geprägt vom neuen Ost-West-Konflikt, doch war die neue Europaidee flexibel genug, um Friedenspolitik als Leitidee festzuhalten, auch wenn reale Europapolitik, wie in den Jugoslawien-Kriegen, immer wieder dahinter zurückblieb.

⁹ Schreiner, P.: Education for Democratic Citizenship in the Context of Europe. Materials and Resources for Churches and Educators. Münster 2013.

In Vergessenheit gerät auch, dass es neben der Politik auch die Kirchen waren, die am neuen Europa mitwirkten: Sie begleiteten die Friedenspolitik durch „Versöhnungsarbeit“ und sind dadurch bis heute immer neu gefordert. Indes, was in der Arbeit der Bruderräte nach dem Zweiten Weltkrieg, in den Eiserne Vorhänge überschreitenden Gemeindeparterschaften, in den Montagsgebeten, in den Grenzen überwindenden Seminaren und Papieren an Versöhnungsarbeit geleistet und an friedensstiftender Kraft gewonnen wurde, scheint mittlerweile an Bedeutung zu verlieren. Dem erstarrten, musealen Rückblick fällt nicht mehr auf, dass aus den alten europäischen Kriegen neue Kriege der Märkte und der Drohnen geworden sind, die auch von Europa ausgehen. Zur Musealisierung hinzu kommt dann noch eine Nationalisierung des Gedenkens an 1914: Es war ein Krieg – aber es sind 20, 25, 30 nationale Gedenkprozesse – und wenig grenzübergreifende Erinnerungsarbeit, keine gesamteuropäische Initiativen.

Ob man aus der Geschichte lernen kann, ob man aus der europäischen Geschichte Lehren für die Zukunft ziehen kann, ist allgemein eher fraglich. Aber die Erfahrungen der Friedens- und Versöhnungsarbeit weiterzuentwickeln, um aus Europa eine lernende Region zu machen, dieser Auftrag besteht aus doppeltem Grund: aufgrund der Geschichte und der Verpflichtung gegenüber Gottes Regieren. Wo diese Perspektive fehlt, verlieren die Kirchen ihre Mitte – und dies ist dann noch einmal etwas anderes als die verlorene Mitte der Kirchgänger, wie die neue Mitgliedschaftsstudie der EKD beklagend evaluiert.

IV. Stichwort „Reformation“

Zum Schluss jetzt ein konzentrierter Blick auf die Reformation im Gedenkjahr 2014:

Die Reformationsdekade hat Anteil an der europäischen, speziell an der deutschen Erinnerungskultur und steht in Gefahr, einerseits musealisiert und andererseits nationalisiert zu werden.

Eine Gefahr, die auch nicht durch die kirchenamtlichen Beschwörungen, es gehe nicht um einen Rückblick, gebannt ist. Die protestantischen Kirchen haben Anteil an der europäischen Geschichte, doch sie haben sich muttersprachlich-vaterländisch entwickelt. Die Reformation endete national und blieb



damit unvollendet. Aber evangelische Kirchen und Christ(inn)en sammelten auch in den letzten 100 Jahren europäische Versöhnungserfahrungen, politisch wie gesellschaftlich. Hier gibt es einen breiten Erfahrungsschatz, der in europäische Prozesse einzubringen ist.¹⁰ Es gibt zudem ein kirchliches Netzwerk über nationale Grenzen hinweg, das in seiner institutionellen Verfasstheit sonst kein zivilgesellschaftlicher Player vorhält. Und es gibt ein ekklesiologisches Modell, das sich evangelische Kirchen Europas als Modell ihres Miteinanders erarbeitet haben und das auch ein Modell für eine säkulare europäische Ökumene sein könnte: das Modell der „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“¹¹. Auf diese Weise ließe sich auch ein europäischer Bildungsraum alternativ erschließen.¹² Was dies in der Konsequenz dann für das Häuflein an Protestant(inn)en, mit ihren 10 % in Europa, bedeutet, ist offen. Aber auch am Anfang der reformatorischen Umbrüche und am Anfang der europäischen Transformationsprozesse war noch nicht zu berechnen, was dabei herauskommt. Vielleicht stimmt am Ende die etwas provokante These: Die Zukunft des Protestantismus wird europäisch sein.

Ob wir in Deutschland im Jubeljahr 2017 unter uns bleiben oder ob es ein relevantes europäisches Ereignis wird, das neben vielem anderen auch etwa neben 100 Jahren Russischer Revolution bestehen kann, das wird sich zeigen. In jedem Fall kann man jetzt schon daran arbeiten, und die Evangelische Erwachsenenbildung arbeitet bereits daran.

¹⁰ Vgl. dazu Friedrich, M./Luibl, H. J./Müller, C.-R. (Hrsg.): *Theologie für Europa. Perspektiven evangelischer Kirchen. Theology for Europe. Perspectives of Protestant Churches.* Frankfurt 2006.

¹¹ Aus der Fülle der theologischen Interpretationen aktuell: Weber, F. (2013): *Einheit in versöhnter Verschiedenheit. 40 Jahre Leuenberger Konkordie.* Vortrag für die Theologische Fakultät der Universität Debrecen/Ungarn, am 28. November 2013, www.landeskirche-braunschweig.de/uploads/tx_mitdownload/Vortrag_GEKE_Debrecen.pdf

¹² Vgl. dazu etwa Friedrich, M./Luibl, H. J. (Hrsg.): *Glaubensbildung. Die Weitergabe des Glaubens im europäischen Protestantismus. Formation of Faith. Handing down Faith in European Protestantism.* Leipzig 2012.